



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaiser Wilhelm II. und die Freisinnigen und Ultramontanen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Kaiser Wilhelm II. und die Freisinnigen und Ultramontanen.



Es gehört zu dem tragischen Geschick, das Kaiser Friedrich gehabt hat, daß ihn eine Partei für sich allein beanspruchte und ihm das Ansinnen stellte, ihr verderbliches Programm zu verwirklichen. Auch jetzt noch thut sie das. Die Volkszeitung, dieses neben der Freisinnigen Zeitung rücksichtsloseste Blatt des Fortschritts, schrieb noch jüngst in ihrem Artikel: „Zum Sedantage,“ indem sie die anredete, die nicht ins deutschfreisinnige Horn blasen: „Auch ihn laßt uns, den ihr geschmäht und verkehrzt habt“; sie ahnt gar nicht, daß es die größte Schmähung für einen Hohenzollern ist, ihn einer Partei zu überlassen, und nun vollends einer Partei, die unter Freiheit nie etwas anderes verstanden hat, als Beschneidung der Rechte, die die Krone hat.

Wilhelm II. hat beim Beginn seiner Regierung einen Armeebefehl erlassen, kraftvoll und herzlich zugleich. Wie man dem Erlaß anmerkt, daß er aus tief bewegtem Herzen kam, so ist er auch ein Zeugnis von festem Willen. Der junge Kaiser verweist auf seinen Großvater, „das Bild des glorreichen und ehrwürdigen Kriegsherrn,“ auf seinen teuern Vater, auf die lange Reihe ruhmvoller Vorfahren, deren aller Herzen warm für die Armee geschlagen, und fährt dann fort: „So gehören wir zusammen, Ich und die Armee, so sind wir für einander geboren, und so wollen wir unauflöslich fest zusammenhalten, möge nach Gottes Willen Frieden oder Sturm sein.“ Gleicher Ernst und gleiche Jugendkraft spricht aus dem an demselben Tage gegebenen Erlaß an die Marine: „Die Zeit ernstest und wahrhaftest Trauer stärkt und festigt den Sinn und die Herzen der Menschen, und so wollen Wir, das Bild Meines Großvaters und

Meines Vaters treu im Herzen haltend, getrost in die Zukunft sehen. . . . Ich weiß, daß jeder [der der Marine angehört] bereit ist, mit seinem Leben freudig für die Ehre der deutschen Flagge einzustehen, wo immer es sei, und so kann ich es in dieser ernstesten Stunde mit voller Zuversicht aussprechen, daß wir fest und sicher zusammenstehen werden in guten wie in bösen Tagen, im Sturm wie im Sonnenschein, immer eingedenk des Ruhmes des deutschen Vaterlandes und immer bereit, das Herzblut für die Ehre der deutschen Flagge zu geben." Wenn in dem ersten Erlaß mehr der Hohenzoller hervortritt, der zu seinem Heere sagen darf: „Wir sind für einander geboren,“ so läßt der zweite Erlaß an die Marine, wie es sich gebührt, mehr den deutschen Kaiser sprechen, der „immer eingedenk ist des Ruhmes des deutschen Vaterlandes.“ Wohl alle patriotischen Herzen schlugen höher bei diesen Worten.

Dagegen wurde gleich in dem Zeitartikel der Volkszeitung vom 17. Juni, „Der Thronwechsel,“ die neue Regierung angezapft wegen der Verordnung einer sechswöchentlichen Landestrainer. Diese Verordnung wurde dem Erlaß von San Remo über Freilassung der Landestrainer gegenüber gestellt, um dann die Bemerkung vom Stapel zu lassen: „Diese Vorschrift, welche polizeilich befehlen will, was nur als freie Kundgebung der Herzen wirklichen Wert hat, wird gleichwohl erreichen, was sie bezweckt, sei es auch auf einem Umwege; sie wird von neuem die Empfindung dessen schärfen, was die deutsche Nation an Kaiser Friedrich verloren hat.“ So wurde das neue Regiment wegen eines Aktes begrüßt, dessen Unterlassung wenige Monate vorher als sehr unzweckmäßig erfunden worden war.

Die Proklamation „An mein Volk“ erfolgte am 18. Juni. Der junge Kaiser gedachte zuerst in tief gefühlten Worten seines in Gott ruhenden Großvaters und seines Vaters, „des königlichen Dulders, dessen unvergänglicher Ruhm seine ritterliche Gestalt in der Geschichte des Vaterlandes verklären wird“; dann gelobt er Gott, nach dem Beispiel seiner Väter seinem Volke ein gerechter und milder Fürst zu sein, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Frieden zu sichern, die Wohlfahrt des Landes zu fördern, den Armen und Bedrangten ein Helfer, dem Reiche ein treuer Wächter zu sein.

Durch diese drei Erlasse geht ein Ton, der die Weisagung des Menschenkenners Bismarck zu rechtfertigen scheint: „Wenn Prinz Wilhelm einmal den Thron besteigen wird, so wird er Kaiser und Kanzler in einer Person sein!“ Man hat mit Recht gesagt, daß diese Erlasse kein Programm geben; aber sie geben mehr: sie knüpfen eine persönliche Beziehung zwischen Armee und Führer, zwischen Volk und König. Das ist auch noch deshalb von großer Bedeutung, weil an diese so warmen und doch so klaren Worte, die, wie gesagt, kein Programm, aber Grundsätze enthalten, eine unehrliche Auslegungskunst der Parteien, die die Worte so lange herumzerzt, bis sie ihnen passen, gar nicht hinan kann. Eine Sophistik, wie sie z. B. dem durch die ganze Geschichte der Hohenzollern

hinreichend verständlichen, in das Programm Friedrichs aufgenommenen Satze von der religiösen Duldung sowohl von seiten der Irreligiosität wie von seiten des Ultramontanismus zu teil ward, die für die ungemessensten Bestrebungen nun breiten Boden zu haben glaubten, kann an diesen aus dem Herzen quellenden Worten ihr Spiel schwerlich treiben. Auch gegenüber dem Auslande waren die Worte des neuen Herrschers ebenso klar und bestimmt als sicher. Bei dieser Sicherheit unsrer politischen Leitung war die Versicherung des Mémorial diplomatique fast possirlich, daß „der Prinz von Wales einen vorherrschenden Einfluß auf die politischen Kreise Berlins übe und daß seine Anwesenheit in der Reichshauptstadt unbedingt notwendig sei vom Standpunkte der kaiserlichen Familie aus wie von dem der gegenwärtigen Politik und der zukünftigen Ereignisse.“ Du lieber Gott! der Prinz von Wales, dem „die Kleider nicht mehr fesch sitzen,“ wie er neulich seinem „Tailleur“ selbst gestanden hat, weil er zu dick geworden ist!

Den Tag der Beisetzung Kaiser Friedrichs benutzte das Hauptorgan der Fortschrittspartei, um wahre Orgien voll wütenden Preußenhasses zu begehen. Die Volkszeitung brachte einen Artikel: „Kaiser Friedrichs Leichenfeier.“ Darin heißt es: „Es ist der Tag von Kollin und der Tag von Waterloo, an welchem Kaiser Friedrich zur ewigen Ruhe gebettet wird, ein Tag, wie kein anderer geeignet, an die Vergänglichkeit aller irdischen Herrlichkeit zu denken.“ Daß es auch der Tag von Fehrbellin war, mußte verschwiegen werden; es konnte das ja vielleicht auch patriotische Erhebung mit hervorrufen. Kollin aber, das demütigt; denn daß auf Kollin Kofzbach und Leuthen folgt, daran braucht ja nicht erinnert zu werden. Aber was thut man mit Waterloo? O, Waterloo paßt ganz gut zu Kollin; denn „die beiden größten Eroberer und Kriegshelden, welche die beiden letzten Jahrhunderte gesehen haben, fanden an diesem Tage die schwere Bücktigung des Übermutes, der auf die Macht der Waffen als auf die einzige Quelle des Rechtes pocht.“ Waterloo mahnt den Preußen nicht etwa daran, daß sich hier die edelste Kraft des Preußenvolkes in seinem tommüden und doch noch todesmutigen Heere in wunderbar stolzer Herrlichkeit zeigt, sondern der Tag von Waterloo war „ein Tag der ewigen Verdammnis für die Liebe zum Kriege, welche die edelste Kraft der Völker unter gleißend leeren Schlagworten von Ehre und Ruhm in Molochs unerfättlichen Rachen schleudert.“ Und diese Lehre sollen „unsre Väter und Großväter noch am eignen Leibe erfahren“ haben. Aus diesem kraftlosen Geschreibsel kann nur entnommen werden, daß dieser Molochhasser an Väter und Großväter denkt, die am Tage von Waterloo vielleicht ihr Geschäftchen noch in Ruffisch-Polen gemacht haben.

Am 25. Juni begrüßte Kaiser Wilhelm, umgeben von den deutschen Fürsten, den deutschen Reichstag mit einer Ansprache, die einerseits eine starke Friedenskundgebung, andererseits die festeste Entschlossenheit zeigte. Nachdem die Rede

pietätvoll des entschlafenen Vaters gedacht hat, weist sie in wenigen, aber viel sagenden Worten auf das Vorbild hin, das sich Wilhelm II. vor Augen gestellt hat, das Vorbild, das Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen und dem auch seines hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, so weit die Bethätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist. Von seinen Aufgaben nach außen und im Innern spricht der Kaiser ebenso aufrichtig als klar und eignet sich insbesondere die am 17. November 1881 erlassene Botschaft seines Großvaters an; Bestrebungen aber, die auf Zerstörung der staatlichen Ordnung ausgehen, will er mit Festigkeit entgegentreten. Das Bündnis mit Osterreich-Ungarn und Italien wird als Grundlage des europäischen Gleichgewichts und Friedens hingestellt, die persönliche Freundschaft mit dem Kaiser von Rußland sowie die seit hundert Jahren bestehenden friedlichen Beziehungen zu diesem Reiche werden erwähnt. Wenn dann der Kaiser am Schlusse die Zuversicht ausspricht, daß es uns für absehbare Zeiten vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter der Leitung seiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger kämpfend erstritten worden, so hatte er dem deutschen Volke aus der Seele gesprochen. Es war ein dankenswertes, ernstes Wort, das hier vor den Vertretern der deutschen Nation und vor ihren Fürsten erklang, die sich zum erstenmale vor ihrem Kaiser scharten und ihm in Anerkennung des Hohenzollernerbrechts vor dem gesamten Auslande huldigten. Nach der Rede begrüßte der Kaiser seinen Kanzler in einer so herzlichen Weise, daß der ganze Reichstag in eine freudige Erregung geriet. Die Rede wurde durch eine Adresse, die in allen Punkten dem Kaiser beistimmte und die einstimmig und debattelos angenommen wurde, beantwortet. Hierauf wurde die Session im Auftrage des Kaisers sofort geschlossen.

Am 27. Juni wurde der Landtag eröffnet und vernahm die Thronrede des Königs, die oft von lautem Beifall begleitet wurde. Sie enthielt das Verfassungsgelöbniß und entwarf dann in kurzen, markigen Zügen ein Regierungsprogramm, worin die Regierung Wilhelms I. von König Wilhelm II. als Vorbild aufgestellt wird. Von Bedeutung war die ausdrückliche Erklärung, daß der König weit davon entfernt sei, das Vertrauen des Volkes auf Stetigkeit der gesetzlichen Zustände durch Bestrebungen nach Erweiterung der Kronrechte beunruhigen zu wollen. „Der gesetzliche Bestand meiner Rechte genügt, um dem Staatsleben das Maß monarchischer Einwirkung zu sichern, welches Preußen nach seiner geschichtlichen Entwicklung bedarf. Ich bin der Meinung, daß unsre Verfassung eine gerechte und nützliche Verteilung der zur Mitwirkung berufenen verschiedenen Gewalten im Staatsleben enthält.“ Weiter will der neue König dem Vorbilde seiner Ahnherren darin folgen, daß er allen religiösen Bekenntnissen in seinem Lande bei freier Ausübung des Glaubens seinen königlichen Schutz angedeihen läßt. Die Beziehung des Staates zur katholischen Kirche betrachtet

er als für beide Teile in annehmbarer Weise gestaltet. Den kirchlichen Frieden im Lande will er zu erhalten bemüht sein. Nachdem in kurzer und treffender Weise noch über die innere Verwaltung und das Finanzwesen des Staates gesprochen worden ist, sagt der König am Schlusse, daß er das Vertrauen habe, es werde auch in der künftigen Legislaturperiode die Wohlfahrt des Landes in gemeinschaftlicher Arbeit gefördert werden. An seine ihm nach Gottes Fügung gestellte Aufgabe tritt er mit der Zuversicht des Pflichtgefühls heran und hält sich „das Wort des großen Friedrich gegenwärtig, daß in Preußen der König des Staates erster Diener ist.“ Auch in dieser zweiten Rede fand die Pietät des Sohnes gegen den Vater einen schönen Ausdruck, und wenn schon Kaiser Friedrich darauf hingewiesen hatte, daß Preußens und Deutschlands Geschicke durch die Thaten Wilhelms I. unauflöslich mit einander verbunden seien, sodaß man den Kaiser von Deutschland und den König von Preußen nicht trennen könne, so wurde derselbe Gedanke in dieser zweiten Rede König Wilhelms kräftig hervorgehoben. Auch das preußische Abgeordnetenhaus beantwortete die Thronrede mit einer Adresse, die einstimmige Genehmigung fand. Nach zweitägigem Zusammensein erfolgte der Schluß des Landtags.

Nicht sonderlich erbaut von den beiden Thonreden waren die Freisinnigen. Wenn man Blättern wie der Volkszeitung glauben wollte, so wurde „nur der alte Faden in einer neuen Nummer fortgesponnen,“ weil sich die Rede an den Reichstag darüber deutlich genug ausdrücke, daß der Schutz der Schwachen sich nur auf eine andere Art Armenpflege beschränke, dagegen dem Arbeiter die Mittel der politischen sozialen Freiheit versagt blieben; dies sei der Fall, wenn einerseits der bisherigen Auslegung der Botschaft von 1881, andererseits der bisherigen Handhabung des Sozialistengesetzes zugestimmt werde. Die Volkszeitung wird deshalb sehr besorgt; das immer auf Frieden bedachte Blatt sieht Erschütterungen für unser Vaterland kommen, „wie sie noch kein Staat in der geschichtlich bekannten Vergangenheit jemals zu bestehen gehabt hat.“ Es gebe nur „einen Weg zur Sicherstellung unsrer nationalen Zukunft, nämlich den, daß das Volk zu seinen Vertretern in die gesetzgebenden Körperschaften Politiker wähle, welche mit der Sozialpolitik des letzten Jahrzehnts rücksichtslos zu brechen gewillt sind.“ Da haben wir denn das heilende Kräutlein der Freisinnigen. Hoffentlich wird die bisherige Mehrheit der Mittelparteien dadurch bestimmt, von gewissen Absichten zu lassen, die vielfach aufgetaucht sind. Konservative wie Nationalliberale haben sich dahin vernehmen lassen, das Kartell in der Weise, daß es in jedem Wahlkreise verpflichtende Wirkung habe, für die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen zu lösen. Wir halten das entschieden für unheilvoll. Ohne Frage liegt diesen Absichten von seiten der Nationalliberalen die Befürchtung zu Grunde, daß möglicherweise die konservative Partei zu einer Selbständigkeit komme, die ihr allein durch Unterstützung der Nationalliberalen die Mehrheit verschaffe und damit

zugleich erlaube, von jeder Rücksicht auf die Nationalliberalen abzusehen. Zeugnen ließ sich außerdem nicht, daß die Klerikalkonservativen nach den liberalen Sitzen in Hannover schielten und sogar mit den Welfen Fühlung suchten; dagegen nahmen die Nationalliberalen aber die Miene an, als wollten sie in den östlichen Provinzen für sich Eroberungen machen. Alle solche Streifereien, die das Aufgeben des Kartells zur Folge haben, sind gefährlich; es hat weiter niemand Nutzen davon, als die Deutschfreisinnigen, die von dem Streite der Mittelparteien Stärkung erfahren würden. Auch für den kommenden Landtag mit seiner fünfjährigen Dauer ist noch immer eine gegen den Fortschritt gerichtete Kartellpartei das beste. Hoffentlich trägt die Ernennung Bennigsens zum Oberpräsidenten von Hannover zur Erhaltung der Kartellmehrheit bei; sie beweist den Hochkirchlichen, daß sie die Sehne nicht zu straff spannen dürfen, umso mehr, als sie aus der eigensten Initiative des Kaisers hervorgegangen ist. Demselben Zwecke der Dauer der bisherigen Mehrheit muß auch die Ernennung des gemäßigten Bestrebungen zugethanen Ministers Herfurth dienen.

Am 14. Juli trat der Kaiser seine Nordlandsfahrt an; er traf früh neun Uhr in Kiel ein und begab sich sofort an Bord des „Hohenzollern.“ Um elf Uhr stach die Kaiserjacht an der Spitze einer stolzen Armada in See. Die stattliche Flotte bestand aus elf der schönsten Schiffe unsrer Marine, die mit 102 schweren Geschützen und 3898 Köpfen bemannt waren. Auf dieser Fahrt durchschnitt der Kaiser die Ostsee ihrer ganzen Breite nach, indem er damit gewissermaßen von unserm Meere Besitz nahm. Vor allen andern deutschen Kaisern, ja auch vor allen andern Hohenzollernfürsten liebt es dieser Kaiser, Seeluft zu atmen; er weiß auch, was die See für die Entwicklung eines Volkes zu Macht und Reichtum ist. Schon seine persönlichen Beziehungen, die er als Prinz zur Flotte hatte, zeigten, daß er einst auch dieses Erbe des großen Wilhelm, mit dem erst eine Kolonialpolitik möglich wurde, mit leidenschaftlicher Liebe antreten würde. Und als Kaiser zeigte er seine Liebe zum Seewesen sofort durch sein Wort an die Marine, wie durch die Berufung eines Fachmanns an ihre Spitze. Wie nun jetzt der junge Kaiser in der Uniform eines Kontreadmirals sein stolzes Geschwader durch die Fluten der Ostsee führte, da mußten wir Treitschke Recht geben, wenn er in dem schönen Denkmal, das er den beiden toten Kaisern gesetzt hat, sagt, daß die Nation mit hoffendem Vertrauen ihre Augen auf ihren jungen kaiserlichen Herrn wende. „Alles, was er bisher zu seinem Volke sprach, atmete Kraft und Mut, Frömmigkeit und Gerechtigkeit. Wir wissen jetzt, daß der gute Geist der Wilhelminischen Zeiten dem Reiche unverloren bleibt.“ Schon setzte sich das Wort des jungen Monarchen in Thaten um. Mit hoher Freude sah das ganze deutsche Volk seinen Kaiser dem Zaren seinen Gruß bringen; es hoffte, daß es ein Friedensgruß sein werde. Süben und drüben, in Deutschland und in Rußland, gab es freilich Leute

genug, denen diese Aussicht nicht erfreulich war. Freisinn und Panlawismus versuchten alles mögliche, die Tragweite dieser Kaiserbegegnung abzuschwächen, den Frieden als im Grunde aussichtslos hinzustellen. Aber auch hier, als der junge Kaiser sein Freundeswort dem Zaren rief, sprach er aus der Seele seines Volkes.

Und das ist derselbe Kaiser, von dem die „Historisch-Politischen Blätter“ in einem Aufsatz vom 24. Juni, aus dessen Sägen überall der Fuchsschwanz von Lüge und Heuchelei herausguckt, zu berichten wußten, daß „der stumme Kaiser vor drei Monaten in seinen Manifesten eingehender und deutlicher gesprochen, als jetzt der redende,“ und als Ergebnis von der ganzen politischen Veränderung das herausfand, daß „einfach der preußische Konstitutionalismus mit der Eigenart eines inamoviblen [herrliches Wort!] Ministers wiederhergestellt“ sei. „Ein Kaiser und König herrscht, der Kanzler regiert; hier der Körper, dort der Schatten. Hat sich der siegreiche Kaiser Wilhelm I. in weit vorgerückteren Jahren aus freien Stücken und wohlgenut in das Verhältnis gefügt, warum sollte sich der blutjunge Kaiser Wilhelm II. nicht auch in diesem Punkte nach dem Vorbilde des Großvaters, nicht bloß aus politischer Berechnung, sondern sogar aus Herzensbedürfnis, gerichtet haben? Die schweren Stunden, aber auch klare Stellungen werden erst kommen und kommen müssen, wenn weitere zwei greise Augen sich schließen.“ So der Jesuit in den gelben Blättern. Es hilft euch alles nichts, ihr Herren mit dem Fuchsschwanz! Auch wenn die zwei Augen sich schließen, werden sie noch fortleuchten, lange, lange, wie des großen Friedrich Augen fortleuchteten bis zu König Wilhelm und bis zu Otto von Bismarck. Solche Augen erlöschten nicht; auch machen sie die Stellungen klar für Jahrhunderte, sodaß nicht erst klare Stellungen „kommen und kommen müssen“ bei ihrem Abscheiden, das die Herren so schmerzlich ersehnen, als wären sie Patrioten Déroulèdes. Die Römlinge auf deutschem Boden sollen sich wohl gerade so täuschen über die Stellungen, die „kommen müssen“, wie sie sich getäuscht haben in den Hoffnungen, die sich „überall im In- und Auslande regten,“ als Kaiser Wilhelm starb. „Wer immer — so schrieb das Jesuitenblatt — von der erdrückenden Stieluft unsrer Tage den Atem beschwert fühlte, hat den Blick unverwandt auf Kaiser Friedrich gerichtet. Es waren unbestimmte und unklare Hoffnungen; aber tröstliche Hoffnungen waren es, und sie sind mit dem hohen Dulder dahingeshieden.“ Man sieht, was für Genossen an diesen Römlingen die Freisinnigen hatten. Ganz wie die fortschrittlichen Blätter, sahen auch diese ultramontanen in dem Kaiser Friedrich den, „der trauernd über sich ergehen lassen mußte, was er nicht verhindern konnte.“ Aber „nicht alles, was geschehen ist, ist unveränderlich und nicht mehr gut zu machen.“ Ja ja, was soll doch alles gut gemacht werden, wenn sich „weitere zwei greise Augen schließen!“ Da soll wahrscheinlich angefangen werden mit dem, worauf die Recht und Wahrheit liebenden gelben Blätter

hinweisen, wenn sie sagen, daß „der stumme Kaiser gerade an dem Tage zu Grabe getragen wurde, an welchem vor zweiundzwanzig Jahren sein Vater, König Wilhelm, den Aufruf an das preußische Volk erlassen hat, der den Bruch des fünfzigjährigen völkerrechtlichen Bundesvertrages und den deutschen Bruderkrieg ankündigte.“ Vor einem neuen Bruderkriege, wenn er nur den alten Bundestag wieder herstellte, würden diese deutschen Römlinge gar keine Scheu haben. Wir aber wollen uns den lustigen Vers merken, der am Tage des Einmarsches der Preußen in Frankfurt von einem Schauspieler auf einer Berliner Bühne improvisirt wurde:

Es zog zu Frankfurt an dem Main
Das tapfre Heer der Preußen ein;
Was that der edle deutsche Bund?
Er drückte sich und er verschwand.

Während der Nordlandsfahrt des Kaisers machte der Prinzregent von Baiern dem Könige von Württemberg einen Besuch in Friedrichshafen. Das war für die Ultramontanen, die so sauer zur Begrüßung des Kaisers durch sämtliche Reichsfürsten gesehen hatten, eine gefundene Sache. Die beiden deutschen Fürsten sollten flugs eine Gegendemonstration gegen das Berliner Ereignis machen. Als ob es nicht nahe genug gelegen hätte, daß der bairische Fürst den durch lange Krankheit von seinem Lande entfernt gehaltenen Nachbar seinen Gruß entbot, zumal da ein früherer Besuch des württembergischen Königs-paares in München von König Ludwig II. unerwidert geblieben war. Was somit nur das Abtragen einer alten Schuld war, das wird für die Römlinge ein Versuch, die süddeutschen Staaten aufs neue gegen Preußen zu vereinen und die Triasidee aufleben zu lassen. Aber so gottverlassen, auf diese Heze hin zu laufen, ist kein deutscher Fürst mehr. Auch das ist ein Segen, den Kaiser Wilhelm durch Errichtung des Reiches uns hinterlassen hat. Die Fürsten Deutschlands wissen am besten, daß ihre Stellung noch nie so gesichert war als im neuen Reich; sie wissen auch, daß ein Sonderbund darin niemandem mehr schaden würde als ihnen selbst. Aber man sieht doch aus solcher erbärmlichen Hezerei, was den Ultramontanen das liebste wäre.

Am 24. Juli lichtete der „Hohenzollern“ wieder die Anker auf der Rhede von Kronstadt. Kaiser Wilhelm stand auf der Kommandobrücke und winkte der abdampfenden „Alexandra,“ an deren Bord die russischen Herrschaften waren, den Abschiedsgruß zu. Die ganze russische Flotte und sämtliche Forts gaben Salutschüsse, und vom Ufer her erscholl tausendfaches Hoch. Von der russischen Flotte her ertönte die preußische Nationalhymne, und während jene, so lange Kaiser Wilhelms Armada in Sicht war, in Paradedstellung lag, gaben eine Menge Privatdampfer dem „Hohenzollern“ das Geleite. Die Beweise von Sympathie, die Kaiser Wilhelm dem russischen Kaiserpaare zu geben beabsichtigte, indem er dem russischen Hofe zuerst den Besuch machte, waren in so herzlicher

Weise erwiedert worden, daß man annehmen muß, daß die vertrauensvollsten Beziehungen zwischen beiden Höfen hergestellt sind. Ein Zeichen und ein Erfolg dieser freundschaftlichen Beziehungen ist wohl auch die Verlobung der Prinzessin Sophie mit dem griechischen Thronfolger, die ohne die Reise des Kaisers schwerlich zu stande gekommen wäre. Sie kann nur dazu dienen, das Band der Freundschaft zwischen dem deutschen, dem russischen und dem dänischen Hofe enger zu knüpfen. Und diese Freundschaft der Herrscher wird ihren Reichen zu statten kommen. Nach allem, was wir bis jetzt erfahren und trotz der hämißchen Bemühungen etlicher deutschfeindlichen Zeitungen in Rußland, die Freundschaft zu stören, wird doch das Journal de St. Petersbourg Recht behalten, wenn es nach diesem Besuche des deutschen Kaisers das Vertrauen auf den europäischen Frieden befestigt sah, und zwar auf einen Frieden für lange Jahre. Dann aber hat Kaiser Wilhelm sein Ziel erreicht. Ihm kam es schlechterdings nur auf die Gewinnung gegenseitigen persönlichen Vertrauens an, damit für alle Zukunft Einflüsterungen und Fälschungen, wie sie 1887 stattgefunden hatten, unmöglich wären. Und dies Ergebnis liegt vor. Unfers Kaisers „einfache Würde, sagte die Nationalzeitung, seine jugendliche, dennoch gehaltene Heiterkeit, sein lebhaftes Interesse, die Freundlichkeit und Lebhaftigkeit seines Wesens haben den Hof in Petersburg und dessen Publikum für Kaiser Wilhelm gewonnen, und es zeigt sich, daß der junge Herrscher gar keinen bessern Hintergrund für seine Erscheinung haben konnte, als ihm die Gehässigkeit jener Berichte bereitet hatte.“ Die Nationalzeitung meint die Berichte jener schändlichen Preßverschöpfung, in denen lange Monate vor seiner Thronbesteigung der künftige Herrscher dem Auslande in verzerrtem Bilde dargestellt wurde, um ihn der Abneigung und dem Mißtrauen Europas zu empfehlen. Wenn Hinzpeters Schilderung von der Entwicklung des jungen Kaisers ein andres Bild „treu nach der Natur“ aufzustellen versucht hatte, ein Unternehmen, das gut gemeint, auch den Verhältnissen entsprechend, nur leider einigermaßen geschmacklos ausgefallen war, so verwarf die Erscheinung des jungen Kaisers mit einem male und für immer die häßlichen Züge, die seine Feinde sogar in Damenadressen seinem Bilde aufgetragen hatten. Und das ist bis jetzt überall, wo sich der Kaiser hat sehen lassen, so gewesen, wie da in Rußland vor einem keineswegs günstig voreingenommenen Publikum. Wochte nun auch die Agence Havas sich aus Petersburg melden lassen, daß eine Regelung der schwebenden Fragen nicht herbeigeführt worden sei, so war eine solche Vereinbarung, die diplomatische Abmachungen zur Folge hätte haben müssen, gar nicht beabsichtigt gewesen. Es war alles gewonnen, wenn das Vertrauen gewonnen war. Wo das ist, da werden diplomatische Einzelfragen bei einigem Geschick immer von Kabinet zu Kabinet zu lösen sein; und das ist hier, wo von Rußland die Rede ist, bei der bulgarischen, überhaupt bei der Balkanfrage der Fall. Dies Vertrauen aber wird auch die Agence Havas und werden alle böswilligen französischen Grenzboten III. 1888.

Blätter nicht mehr zerstören. Im Gegenteil, je mehr dort gehezt wird, desto mehr wird Frankreich als der eigentliche Störenfried der europäischen Verhältnisse dastehen, was ihm in der Massaufrage deutlich genug gesagt worden ist. Es war nur die Angst, daß ihm das Handwerk gründlich gelegt werden könnte, die aus dem französischen Geschwätz sprach, daß Herbert Bismarck nach Paris kommen und die Entwaffnung Frankreichs binnen zehn Tagen fordern werde. Diese Forderung könnte wohl noch einmal kommen, aber nicht vor, sondern nach einem Kriege, den wir erst aufnehmen werden, wenn es sein muß. Hoffentlich können wir die „große Nation“ mit ihrem Hexenkessel Paris noch recht lange sich selber und ihrem Schicksal überlassen.



Die landwirtschaftliche Notlage.

(Schluß.)



in weiterer Übelstand, der die ungehinderte Entfaltung der Arbeitskraft des Landwirtes sehr erschwert und der dringend eine vorurteilsfreie Erwägung erheischt, ist die den Grundbesitzer auferlegte ländliche Polizeiverwaltung. Wer weiß, welche stetig angespannte Hingebung, welche Aufopferung der mühevollen Betrieb der Landwirtschaft vom Dirigenten und allen seinen Beamten fordert, der kann sich nicht darein finden, daß die ehrenamtliche Verwaltung einer allgemeinen Staatsangelegenheit noch so viele Freunde und Verteidiger, selbst in den Kreisen der Großgrundbesitzer, findet. Zum allergrößten Teile haben diese sie freilich bereits in die Hände ihrer Stellvertreter und Beamten übergehen lassen. Aber dennoch bleibt die große Belastung für sie bestehen und wird dadurch nicht vermindert.

Die Zeitverhältnisse verlangen genaue Zusammenraffung aller Kräfte; unser Gewerbe verträgt am allerwenigsten eine Zersplitterung derselben. Die Anforderung, die eine ordnungsmäßige Führung der ländlichen Polizei bei dem wachsenden Verkehr und der Überbürdung mit schriftlichen Arbeiten an Zeit, Arbeitskraft und Studium mit sich bringt, taugt nicht für den mit ausreichenden